

GiB-Jahresbericht 2017



Berlin, Februar 2018

Liebe Freundinnen und Freunde von GiB,

„Wer, wenn nicht wir!“ – unter diesem Motto stritten wir auch 2017 für den Erhalt der Daseinsvorsorge. Im Fokus stand zunächst die geplante Grundgesetzänderung, mit der die Privatisierung von Autobahnen und Schulen gefördert werden soll, ein Paradigmenwechsel. Wir konnten die Politik zu Bekenntnissen gegen ÖPP und Privatisierungen zwingen. Die Grundgesetzänderung selbst konnten wir hingegen nicht verhindern. 36 Stimmen fehlten bei der Abstimmung im Bundestag, um die Pläne zu verhindern. Dabei belegte unsere bei forsa in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage: 63 Prozent der Befragten finden es nicht gut, dass künftig private Unternehmen Bau und Betrieb von Autobahnabschnitten übernehmen können. Diese Überzeugung einer deutlichen Mehrheit der Menschen stand somit konträr zum Abstimmungsergebnis in Bundestag und Bundesrat. Umso wichtiger ist es für uns, mit unserer Arbeit weiterhin und am besten noch verstärkt der privatisierungskritischen Mehrheit zu ihrem Recht zu verhelfen! Eine Auswahl unserer Aktivitäten im Jahr 2017 haben wir unten angefügt. Das und noch mehr konnten wir nur machen, weil Sie und andere SpenderInnen und Fördermitglieder unsere Arbeit finanziert haben. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung und freuen uns, wenn Sie sich auch 2018 für die Gemeingüter einsetzen.

Mit herzlichen Grüßen

Katrin Kusche und Carl Waßmuth für das GiB-Team

1. DAS GiB-BÜRO

Ende Juli ging Laura Valentukeviciute in den Mutterschutz für ihr zweites Kind und ist seitdem in der Elternzeit. Einen Teil ihrer Aufgaben deckt seit August auf freiberuflicher Basis Katrin Kusche ab. Ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit war die Erstellung der gerade erschienenen Lunapark21-Extra-Ausgabe. Zum Team im GiB-Büro stieß im Dezember Fiona Thiede hinzu, die mit 15 Stunden pro Woche vor allem Dorothea Härlins ehrenamtliche Kampagnenleitung der Volksinitiative „Unsere Schule“ unterstützt.

2. UNSERE AKTIVITÄTEN

Die Abstimmung von Bundestag und Bundesrat über die Grundgesetzänderung zur Schaffung einer Autobahn-GmbH war der Höhepunkt unserer Tätigkeiten gegen Privatisierung. Für den Abschluss dieser seit zweieinhalb Jahren laufenden Kampagne boten wir noch einmal alles auf, was wir an personellen und materiellen Ressourcen mobilisieren konnten. Wir informierten Bevölkerung und Entscheidungsträger umfassend und nutzten dazu vielfältige Kanäle. Zudem waren wir zwei wichtige Verpflichtungen eingegangen, die ebenfalls in der ersten Jahreshälfte viel Energie und Arbeitseinsatz von uns forderten: Für den G20-Alternativgipfel stellte GiB als Trägerorganisation inhaltliches und organisatorisches Know-how zur Verfügung. Diese Aufgabe stemmte Jana Mattert. Die mehr als 2.000 TeilnehmerInnen konnten in Hamburg vom breiten Themenspektrum des zweitägigen Kongresses profitieren. Und mit der Heinrich-Böll-Stiftung hatten wir vereinbart, die Studie „Gemeinwohl als Zukunftsaufgabe“ herauszugeben – Erscheinungstermin war der Tag der Daseinsvorsorge am 22. Juni. Nach einem Strategietreffen im Juli konzentrierten wir unsere Arbeit auf die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu den Arbeitsfeldern ÖPP im Autobahnbereich sowie der drohenden Schulprivatisierung in Berlin.

2.1 Medienarbeit und Publikationen

Unsere wichtigste Veröffentlichung im Jahr 2017 war die Studie „Gemeinwohl als Zukunftsaufgabe“. In die Schrift, an der Jana Mattert, Laura Valentukeviciute und Carl Waßmuth insgesamt über ein Jahr gearbeitet hatten, flossen Überlegungen und Recherchen aus unserer Arbeit seit der GiB-Gründung ein. Wir konnten einige zentrale Probleme rund um ÖPP erstmals in einem wissenschaftlichen Rahmen ausführen und so auch eine für andere zitierfähige Quelle schaffen. 2017 war auch ein Jahr intensiver Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Wir gaben **23 Pressemeldungen** heraus und versandten **12 Infobriefe. Zitate, Interviews und Artikel** von uns erschienen in zahlreichen Medien, darunter: Spiegel, Zeit, ARD „Bericht aus Berlin“, Frankfurter Rundschau, Berliner Zeitung, Tagesspiegel, taz, neues deutschland, Freitag, Lunapark21, junge Welt, Ossietzky. Auch Blogs wie die Nachdenkseiten griffen regelmäßig unsere Beiträge auf. Unser **Videoclip** „Niemand hat die Absicht, eine Autobahn zu privatisieren“ wurde mehr als 26.000 Mal aufgerufen. In der Süddeutschen Zeitung konnten wir durch eine Einzelspende eine viertelseitige **Anzeige** veröffentlichen, in der wir die Bundestagsabgeordneten aufriefen, gegen die Autobahn-GmbH zu stimmen. Ein wichtiges Mittel der Öffentlichkeitsarbeit war wieder unsere Website: **117 Blogbeiträge** haben wir dort 2017 veröffentlicht.

2.2 Veranstaltungen und Aktionen (Auswahl)

27.03./ 24.04	Anhörungen im Bundestag mit Laura Valentukeviciute / Carl Waßmuth als Sachverständige	19.09.	Straßenaktion vor dem Bundesverkehrsministerium: ÖPP gesetzlich stoppen
15.05.	Kundgebung des Bündnisses „Keine Fernstraßengesellschaft“ vor dem Reichstag	03.11.	Pressekonferenz in Berlin gegen Schulprivatisierung, mit Hannelore Weimar, Gerlinde Schermer, Uli Scholz, Carl Waßmuth
17.05.	„Melkkuh“-Aktion und Unterschriftenübergabe gegen die Autobahnprivatisierung	25.11.	Aktion „Schul-GmbH = Privatisierung“ vor dem Landesparteitag Die Linke Berlin
02.06.	Aktion vor dem Bundesrat vor der dortigen Abstimmung der GG-Änderungen	29.11.	Auftakttreffen „Wer, wenn nicht wir!“ in Berlin, seither fast wöchentliche Aktiventreffen Volksinitiative „Unsere Schulen“

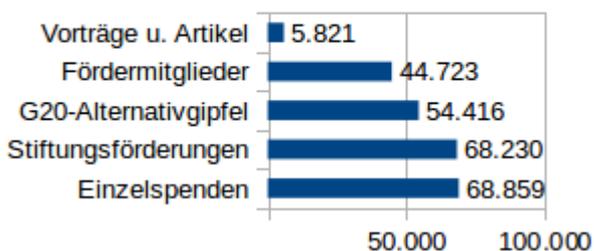
2.3 Mitgliedschaften und Kooperationen

Aktive Vernetzungsarbeit leisteten wir im Bündnis „Keine Fernstraßengesellschaft“. Darüber hinaus waren wir Teil des Bündnisses zur Vorbereitung des Gegengipfels zu G20 in Hamburg. Im Rahmen von gemeinsamen Veranstaltungen, offenen Briefen oder Aktionen kooperierten wir 2017 u.a. mit: APRI-Netzwerk, attac, Bahn für Alle, Berliner Wassertisch, Counter Balance, Erlassjahr, Heinrich-Böll-Stiftung, Robin Wood, Re:Common, Urgewald, Ver.di Fachbereiche Gemeinden und Bund/Länder, Wasser in Bürgerhand und WEED.

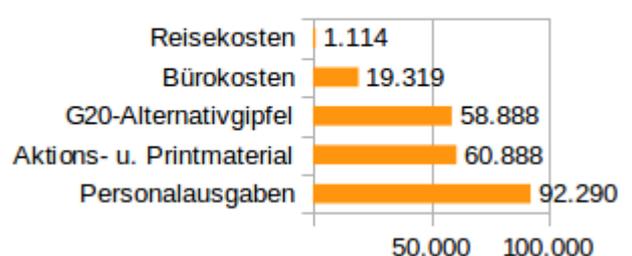
3. FINANZEN

2017 konnten wir unsere Einnahmen um circa 60 Prozent steigern. Der Anstieg war vor allem auf unser Engagement für den G20-Alternativgipfel zurückzuführen: Wir haben den Antrag und die Abrechnung der Förderung durch die Norddeutsche Stiftung übernommen und hatten somit zusätzliche Umsätze. Aber auch jenseits dieses Projekts konnten wir unsere Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um rund 24 Prozent steigern. Besonders **das Engagement unserer Fördermitglieder und SpenderInnen** war wichtig und Grundlage, um die breitgefächerte Kampagnenarbeit finanziell zu stemmen. Die Kosten für Aktions- und Druckmaterialien wie Banner, Videoclip, Postkarten, Aufkleber oder Flyer fielen vor allem für unsere Aktivitäten gegen die Autobahnprivatisierung an. Für eine Anzeige in der Süddeutschen Zeitung konnten wir 40.000 € von der Stiftung der GLS-Treuhand einwerben.

Einnahmen von insgesamt 242.049 €



Ausgaben von insgesamt 232.499 €



GiB- AUSBLICK 2018

Am Am 27./28. Januar 2018 hielten wir in Leipzig unser diesjähriges Bundestreffen ab. Als Schwerpunkte für die weitere Arbeit sehen wir das bundesweite Engagement gegen die fortschreitende Privatisierung im Bereich von Schulen und Schulbau. Mit Hilfe der Volksinitiative „Unsere Schulen“ wollen wir in Berlin die Notbremse zur Verhinderung der vom Senat geplanten Schul-GmbH ziehen. Das von einem rot-rot-grünen Senat geplante Privatisierungsvorhaben kann aus unserer Sicht einen Dammbbruch bilden für die bundesweite Privatisierung von Schulgebäuden. In zwei weiteren Aktivitätssträngen wollen wir die fatale Wirkung der Schuldenbremse aufdecken sowie auf Ebene von Bund, Ländern und Kommunen einen Stopp von ÖPP erreichen. Und nicht zuletzt werden wir mit Argusaugen den Aufbau der Autobahn-GmbH verfolgen und etwaige weitergehende Privatisierungstendenzen dort kritisch kommentieren.

Machen Sie mit: Beteiligen Sie sich an unseren Aktivitäten, unterstützen Sie unsere Arbeit weiterhin finanziell. Unsere Kampagnen gegen Privatisierung kosten viel Geld und Zeit, wir können das nur mit Ihrer Hilfe stemmen!

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit gegen Autobahn- und Schulprivatisierung!

- Ich möchte einen Einmalbetrag in Höhe von € spenden
- Ich möchte Fördermitglied werden mit monatlich 5 € 10 € €
- Ich möchte meinen Förderbeitrag erhöhen und monatlich € spenden. (Wer einen Förderbeitrag ab 25 € / Monat leistet, wird Patin/Pate von GiB. Unsere Patinnen und Paten sind hier zu sehen: www.gemeingut.org/uber-uns/gib-patinnen)

Hiermit ermächtige ich Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V., den oben genannten Beitrag von meinem nachfolgenden Konto abzubuchen:

Konto-InhaberIn

IBAN

Bank

BIC

Datum und Unterschrift



Bitte zurücksenden an:
 Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.
 Weidenweg 37
 10249 Berlin
 Online spenden: www.gemeingut.org/spenden

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland, in andere EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
 Gemeingut in BürgerInnenhand

IBAN
 DE20430609671124229100

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
 GENODEM1GLS

Betrag: Euro, Cent
 ggf. Stichwort
 GIB 2018 / 02

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max. 27 Stellen)

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
 D E 06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE

Beleg für Kontoinhaber/Zahler-Quittung

IBAN des Kontoinhabers
 DE

Zahlungsempfänger
 Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.

IBAN
 DE20 43060967 1124229100

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters
 GENODEM 1 GLS

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name, PLZ und Straße des Spenders

Kontoinhaber/Zahler: Name